

# Klage gegen EU-Giftmischer

Greenpeace-Studie belegt Gesundheitsgefährdung durch neue Pestizidgrenzwerte

Durch die EU-weite Vereinheitlichung von Pestizidhöchstmengen ab dem 1. September 2009 kann noch mehr als bisher stärker belastetes Obst und Gemüse ganz legal auf den deutschen Markt gelangen. Nach einer am Donnerstag veröffentlichten Studie von Greenpeace und der österreichischen Umweltorganisation Global 2000 sind fast 700 der zukünftig geltenden Höchstmengen für Pestizide in Obst und Gemüse höher als bisherige nationale Grenzwerte. Vor allem die bei Äpfeln, Birnen, Trauben, Tomaten und Paprika zugelassenen Pflanzengiftbelastungen seien oftmals so hoch, daß akute und chronische Gesundheitsschäden insbesondere bei Kindern drohten, heißt es in der Studie.

Bei der Untersuchung wurden die 170 000 von der Kommission festgelegten Pestizidgrenzwerte nach EU-eigenen Maßstäben überprüft. Bei 570 zulässigen Höchstmengen wird die sogenannte akute Referenzdosis (ARfD) für Kinder überschritten. Besonders betroffen sind Äpfel, Birnen und Trauben: Fast zehn Prozent der Grenzwerte für diese Sorten bedeuten eine potentielle Gesundheitsschädigung für Kinder. Auch langfristige Schäden sind möglich: Bei 94 EU-Grenzwerten wird die sogenannte akzeptable tägliche Aufnahmemenge (ADI) nicht eingehalten. Beim Überschreiten der ADI sind chronische Gesundheitsschäden wie Krebs, Fortpflanzungsstörungen oder Hormonstörungen möglich. ARfD und ADI sind toxiko-

logische Basisdaten, die laut EU-Recht verbindlich bei der Grenzwertfestlegung berücksichtigt werden müssen.

»Die EU-Kommission mutet uns immer mehr Gift im Essen zu«, erklärte Ulrike Kallee, Chemieexpertin von Greenpeace. »Damit gefährdet sie die Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger, vor allem aber der Kinder«. Verbraucherminister Horst Seehofer (CSU) müsse sich sofort dafür einsetzen, daß die EU-Kommission ihre teilweise gesundheitsgefährdenden Pestizidhöchstmengen korrigiere, fordert die Organisation. Als besonderen Skandal sieht Greenpeace dabei die Tatsache, daß die EU-Kommission ihre eigenen Sicherheitsstandards ignoriert und faktisch die schleichende Vergiftung von

Verbrauchern billigend in Kauf nimmt

Neben Kampagnen wollen europäische Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen den juristischen Weg beschreiten. Die Studie dient auch der Untermauerung einer von der Umweltorganisation PAN Europe vor dem europäischen Gerichtshof eingereichten Klage gegen die EU-Kommission. Zuvor hatte die Kommission einen Antrag von PAN auf eine Überarbeitung der gefährlichen Pestizidgrenzwerte abgelehnt. Verbrauchern rät Greenpeace, so weit wie möglich Biolebensmittel zu kaufen. Bei deren Produktion dürfen chemische Pestizide nicht eingesetzt werden. (jw)

◆ Internet: [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de),  
[www.pan-europe.info](http://www.pan-europe.info)